Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 79. Montag den 19. März 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Im Laufe dieses Sommers sollen die beiderseitigen Vorländer längs der eingezäunten Parthenstrecke zwischen der Thüringer Eisenbahn und der Pfaffendorfer Brücke in gleicher Weise wie dies bereits unterhalb der letzteren geschehen ist, mit Mansfelder Schlackenplatten belegt und diese Arbeit an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen hierfür liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Beträgliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift

„Befestigung der Parthenvorländer mit Schlackenplatten"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 7. April cr. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 12. März 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ib. 862. Dr. Georgi. Dr. Kryptff.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Die öffentlichen Prüfungen finden in diesem Jahre wie folgt statt:

Am 20., 21. und 23. März, früh von 7—9 Uhr in der Abtheilung der Handlungslehrlinge.

Am 20. März, Vormittags von 9½—12 Uhr und Nachmittags von 3—4 Uhr, } in der höheren Abtheilung.
Am 21. März, Vormittags von 9½—12 Uhr und Nachmittags von 2½—4 Uhr } in der höheren Abtheilung.

Entlassung der Abiturienten der Lehrlings-Abtheilung am 23. März früh 9 Uhr.

Der Unterzeichnete beehrt sich, hierdurch ergebenst einzuladen. **Carl Wolfrum,** Director.

An einen jungen, unbemittelten Deutschen, der sich dem Handelsstande widmen will und bereits die wissenschaftliche Befähigung zum Einjährig-Freiwilligendienst erworben hat, ist für das Schuljahr 1888/89 eine Freistelle in der Schülerabtheilung des fachwissenschaftlichen Cursus der Oeffentlichen Handelslehranstalt zu vergeben. Bewerbungen sind schriftlich und unter Beifügung der Belege bei der Handelskammer, Neue Börse, einzureichen.

Leipzig, den 15. März 1888.

Der Vorstand der Oeffentlichen Handelslehranstalt.

Dr. Wachsmuth, Vorsitzender. Carl Wolfrum, Director.

Nichtamtlicher Theil.

Das Ausland beim Thronwechsel.

* Der theilnahmsvolle Widerhall, den die in jüngster Vergangenheit über Deutschland hereingebrochenen schweren Schicksalsschläge auf dem ganzen civilisirten Erdenrund geweckt haben, kann dem Schmerze unseres Volkes zwar nichts von seiner Tiefe rauben; wenn wir aber an den Wetteifer zurückdenken, der Leidtragende und Trauerspenden aus allen Richtungen der Windrose nach Berlin führte und an der Bahre Kaiser Wilhelms vereinigte, so wird das Herz der deutschen Nation sich der Wahrnehmung nicht verschließen können noch wollen, daß es doch ein großes und erhebendes Bewußtsein ist, im Mittelpuncte einer solchen, an Universalität geradezu beispiellosen Bewegung der Gemüther zu stehen. Denn die Sympathiekundgebungen des Auslandes am Sarge unseres verewigten Monarchen sind mit dem Tribut, welchen sie den Manen des Entschlafenen zollten, nicht erschöpft, ihre Bedeutung ist eine viel umfassendere und gipfelt in der schwelgenden, aber darum nicht minder beredten Anerkennung des Gewichtes der deutschen Weltmachtstellung. So edel Kaiser Wilhelm als Mensch, so makellos und rein er als Herrscher seines Staates, als Vater seines Volkes dagestanden hat und immer dastehen wird; was außerhalb der deutschen Reichsgrenzen weitaus am meisten bewundert und angestaunt wurde, war einestheils die imposante Machtfülle, über die Kaiser Wilhelm gebot, und andererseits der weise Gebrauch, den Er im Interesse des Weltfriedens von derselben machte. In der Trauer um den heimgegangenen Friedensfürsten fanden sich Deutschland und das Ausland am Sarge Kaiser Wilhelms zusammen, und auf Deutschland, als den Hort des Friedens, blieben die Blicke der auswärtigen Nationen nach wie vor unabänderlich gerichtet.

An dem Worte Kaiser Friedrichs besitzt die Welt ein über allen Zweifel erhabenes Unterpfand dafür, daß sie von der im Herzen Europas hingelagerten Großmacht unter dem neuen Herrscher so wenig als unter dem früheren irgend welche Störung der auf feierlichen Verträgen ruhenden internationalen Rechts- und Friedensordnung zu erfahren haben werde. Ob derartige Bestrebungen anderswo vorhanden sind, kommt praktisch weniger in Betracht, so lange sie aus wohl angebrachter Scheu vor dem an der Pforte des Immatstempels Wacht haltenden deutschen Schwert meistens im Verborgenen bleiben. Uns Deutschen erwächst aus dieser Sachlage freilich die opferwolle Pflicht steter Kriegsbereitschaft, allein diese Pflicht geht Hand in Hand mit dem schönen und von unserm Bundesgenossen getheilten Recht auf die unbestrittene Führung der Geschicke Europas in den Bahnen, welche von der erleuchteten Herrscherweisheit Kaiser Friedrichs, unterstützt durch die bewährte staatsmännische Einsicht des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck, als die einer friedlichen Normalentwickelung der inneren wie der äußeren Politik möglichst nahekommenden erkannt und gewählt worden sind. Von diesem Standpuncte aus dürfen die den Manen Kaiser Wilhelm's gewidmeten zahllosen Trauerkundgebungen gerade auch des Auslandes als ebenso viele Beweise vertrauender Ueberzeugung angesehen werden, daß Deutschland, vereint mit Oesterreich-Ungarn und Italien, auch in Zukunft den Willen und die Macht bethätigen werde, Schirmherr des Weltfriedens zu sein.

Ueber den Eindruck, welchen der Thronwechsel bei unseren östlichen Nachbarn hervorgerufen, wird der „Politischen Correspondenz" aus St. Petersburg, 13. März, und zwar aus officiöser Quelle geschrieben:

Der Tod des Kaisers Wilhelm hat in Rußland einen gewaltigen Eindruck hervorgerufen, da man in diesem Ereignisse den Endpunkt einer neuen Gestaltung der europäischen Lage ersieht, deren Geheimniß zu durchdringen man in allen politischen Kreisen bemüht ist. Mit dem Abreißen des greisen deutschen Monarchen von der Weltbühne ist eines der festesten und stärksten Bande gerissen, welche Deutschland und Rußland lange Jahre hindurch verknüpft haben. Dieses Band war von solchem Einflusse auf die Schicksale der beiden Reiche, daß zu öfteren Malen das bloße Vorhandensein desselben genügt hat, um Meinungsverschiedenheiten zu mildern, Conflicte zu beschwören, auseinandergehende Interessen auszugleichen. Im Berührtsein dieser Thatsache wirft man in allen russischen Kreisen die besorgte Frage auf, was sich nun, wo dieses Element der Eintracht geschwunden ist, von der Zukunft erwarten lasse. Die Beantwortung dieser Frage erscheint um so schwieriger, als über den Gesundheitszustand des neuen deutschen Kaisers volle Ungewißheit herrscht. Die Begründung aller Vermuthungen, die sich über die nächste Zukunft aufstellen lassen, hängt von einer erschöpfenden Aufklärung über den meinetlichen Punct ab, ob Kaiser Friedrich III. nur noch Wochen oder Jahre des Daseins vor sich habe. Im ersteren Falle würde seine Regierung nur eine rasch immindende Uebergangsfrist zwischen zwei verschiedenen Regierungs-Systemen bilden und einfach einen zeitweiligen Stillstand der positiven Thätigkeit für Deutschland bedeuten. Einem derartigen Stande der Dinge gegenüber dürfte für Rußland kaum etwas Anderes übrig, als den Ablauf dieser Zwischen-Epoche ruhig abzuwarten, um sodann das Urtheil über die internationale Lage auf die dauernder Grundlage zu stellen, welche durch die ebenfalls Thronbesteigung des Kronprinzen Wilhelm geboten werden würde. Ist dagegen dem Kaiser Friedrich noch eine längere Lebensdauer beschieden, so erscheint es im Gegentheile geboten, dem gegenwärtigen Zwischen-Act in der internationalen Politik nicht unnöthig zu verlängern, sondern die Auseinandersetzung über die schwebenden Fragen, deren Lösung angestrebt wird, so bald als möglich wieder aufzunehmen. Wenn Kaiser Friedrich, der den unerkannten Ruf der Weisheit und friedlicher Gesinnung genießt, seinem Leiden nicht erliegt, wird er sich dem Werke der Friedenserhaltung gewiß mit ganzem Herzen anschließen, und die sympathischen Sympathien, deren der neue deutsche Kaiser sich in ganz Europa erfreut, lassen erwarten, daß seine Mitwirkung zu diesem Zwecke allenthalben freundliche Aufnahme finden wird.

Von diesen sich aus dem Tode des Kaisers Wilhelm unmittelbar ergebenden Betrachtungen abgesehen, hat man in Rußland auch weiterstehende und umfassendere Betrachtungen über die feindsel Deutschlands zu gewärtigende Haltung gegenüber Rußland, sowie über das weitere Schicksal der Tripel-Allianz angestellt. Auch in diesen Erwägungen hat jedes Urtheil selbstverständlich eine dauernd günstige Wendung in dem Zustande des Kaisers Friedrich zur Voraussetzung. Tritt dieser Fall ein, dann darf angenommen werden, daß in der internationalen Politik Deutschlands keinerlei wesentliche Aenderung platzgreifen wird. Ein Unterschied dürfte sich aber, wie man hier meint, zweifellos bemerkbar machen, daß nämlich die Manifestationen dieser Politik in etwas scharf betonter Weise hervortreten werden und daß die Tripel-Allianz wohl auch dann sich ihre eigene Sicherheit und ihr internationales Uebergewicht verbürgen, aber sich immerhin in diskreterer Weise als bisher hinter den Coulissen der europäischen Bühne halten, und daß Fürst Bismarck sich dann dieses Bundes nicht mehr als Schreckmittel zur Einschüchterung der an dem Bunde nicht betheiligten Staaten bedienen wird, die durch eine derartig beständige Drohung in Gereiztheit versetzt werden. Es wird sich somit unter der erwähnten Voraussetzung, nach der hier herrschenden Auffassung, ein Nachlassen der Spannung der allgemeinen Lage fühlbar machen.

Was die Gesinnungen des russischen Publicums betreffs des Kaiser Friedrich anbelangt, sei festgestellt, daß man für ihn allgemein die aufrichtigste und tiefste Sympathie empfindet, daß Jedermann seine Genesung herzlich wünscht, und daß man von ihm eine Politik der allgemeinen Beruhigung erwartet. Gleichzeitig spricht man aber die Ueberzeugung aus, daß weder auf Kaiser Friedrich, noch auf seinen Thronfolger, den Kronprinzen Wilhelm, die ungewöhnliche Autorität übergehen wird, welche den verstorbenen Kaiser umgab, und die es ihm möglich machte, die vielfachen Elemente zu bändigen, welche die Einheit des Deutschen Reiches, und in Folge dessen auch das Ansehen und den vorherrschenden Einfluß Deutschlands in Europa, bedrohen. Angesichts der bedeutenden inneren Schwierigkeiten, welche sich dem Kaiser Friedrich oder seinem Nachfolger entgegenstellen werden, ist mit Bestimmtheit vorauszusehen, daß jeder der Beiden, um dieser Schwierigkeiten Herr werden zu können, den äußeren Frieden wünschen wird. Man könne daher hoffen, daß Beide den letzten Rath des verstorbenen Kaisers, mit dem Zaren in guter Freundschaft zu leben, befolgen werden. Eine derartige Gesinnung des deutschen Kaisers würde den Empfindungen der russischen Regierung und des russischen Volkes zu sehr entgegenkommen, um nicht bei Regierung und Volk in Rußland die freundlichste Aufnahme zu finden, sowie eine gemeinsame Action zur Wiederherstellung der ehemaligen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, welche während der letzten Zeiten durch verschiedene Umstände beeinträchtigt worden sind, in St. Petersburg voller Bereitwilligkeit begegnen würde.

Wir können es uns wohl versagen, die vielfach unrichtigen Ausführungen dieser Correspondenz zu widerlegen; es schien uns aber geboten, den Leser nicht über die Stimmung des russischen Publicums im Zweifel zu lassen.

* * *

Telegraphisch wird uns noch gemeldet:

* Basel, 17. März. Die gestern Abend stattgehabte Todtenfeier für den hochseligen Kaiser Wilhelm nahm einen sehr erhebenden Verlauf. Die Münsterkirche vermochte die Theilnehmenden bei Weitem nicht zu fassen. 4000 Besucher befanden sich in der Kirche, wovon mehr als die Hälfte Schweizer waren. Nach Vorträgen des Orchesters und der Orgel pries Pfarrer Zimmermann die Verdienste des verewigten Kaisers, beklagte den Verlust Deutschlands und sprach die Hoffnung aus, daß der jetzige Kaiser dem deutschen Volke recht lange erhalten bleiben möge. Gebet und Gesangsvorträge schlossen darauf die erhebende Feier. Das Stadttheater war geschlossen.

* Victoria (British Columbien), 17. März. Die hiesige deutsche Colonie hielt gestern eine Gedenkfeier für weiland Kaiser Wilhelm ab. Derselben wohnten viele englische Officiere von der Landarmee und Marine, sowie Mitglieder der Regierung und der gesetzgebenden Versammlung bei.

* Washington, 17. März. Präsident Cleveland, sowie die Mitglieder des Cabinets wohnten gestern dem anläßlich der Beisetzung Kaiser Wilhelm's veranstalteten Trauergottesdienste bei.

Leipzig, 19. März 1888.

* Die königliche Botschaft, welche in der vereinigten Sitzung beider Häuser des preußischen Landtages am heutigen Montag zur Verlesung gelangt, legt in parlamentarischen Kreisen die Erwägung nahe, ob und in welcher Form der Landtag seinerseits die Botschaft beantworten soll. Davon kann freilich nicht die Rede sein, in der vereinigten Sitzung einen Beschluß in dieser Richtung zu fassen; denn es liegt keiner der Fälle vor, in denen die Häuser des Landtages zu gemeinsamer Beschlußfassung berufen sind. Jedenfalls wird aber zwischen beiden Häusern ein übereinstimmendes Verhalten zu erwarten sein. Auch darüber herrscht, wie es scheint, kein Zweifel, daß es sich nicht um eine Adresse materiellen politischen Inhalts, welche eine eingehende Adreßdebatte nothwendig machen würde, sondern nur um den Ausdruck der alten gemeinsamen Gefühle der Treue, der Hingebung und des Schmerzes handeln kann, auf welche alle Abgeordneten ohne Unterschied sich vereinigen können. In dem Seniorenconvent des Abgeordnetenhauses sollten am Sonntag die Vorbereitungen für diese Beschlußfassung vereinbart werden.

* Kaiser Friedrich hat bereits seine Meinung betreffs der deutsch-freisinnigen Theorie bekundet, daß kein monarchisches Recht die nochmalige Eindringung aller vom Bundesrath und Reichstag genehmigten, aber nicht vom Kaiser Wilhelm vollzogenen Gesetze erfordere. Der Kaiser hat am 15. d. M. eines dieser Gesetze, das wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete, unterzeichnet. Damit ist die Frage der Abänderung der Einleitungsformel zugleich thatsächlich entschieden.

* Die Nachricht, wonach der Ankunft des Nuntius Galimberti in Berlin für die nächsten Tage entgegengesehen wird, wird bestätigt. Der Nuntius überbringt ein eigenhändiges Condolenzschreiben des Papstes an Se. Majestät Kaiser Friedrich.

* Die Besatzungen der nachstehenden, im Auslande befindlichen Schiffe Sr. Majestät sind für Se. Majestät den Kaiser Friedrich in Eid genommen worden und zwar: 1) S. M. Kreuzercorvette „Ariadne" auf Portorico am 12. März cr., 2) S. M. Kreuzer „Albatros" in Funchal am 13. März cr., 3) S. M. Kanonenboot „Eber" in Cooktown ebenfalls an letztgenanntem Tage, 4) S. M. Kreuzer „Nautilus" in Zanzibar am 15. März cr.

* Der Reichskanzler gab, wie der Münchener „Allgemeinen Zeitung" aus Berlin gemeldet wird, die Zusage, daß über die Vorgänge bei dem Besuche der Mitglieder des Reichstages und des Landtages im Dom eine Untersuchung eröffnet werden soll.

* Als ein charakteristisches Zeichen für den in der ultramontanen Presse herrschenden Geist verdient es in weiteren Kreisen bekannt zu werden, daß der in Paderborn erscheinende „Leo", ein Sonntagsblatt für das katholische Volk, das sich rühmt, mit einer Auflage von über 45 000 Exemplaren das verbreitetste von allen katholischen Sonntagsblättern in ganz Deutschland zu sein, in seiner ersten nach dem erfolgten Hinscheiden des Kaisers erschienenen Nummer für den 18. März seinerseits auch nicht ein Wort über den hohen Entschlafenen zu finden weiß. Kein Trauerrand weist auf Das hin, was in diesen Tagen alle Herzen bewegt, und abgesehen von der vier Zeilen umfassenden Notiz, daß „die hochwürdigsten Bischöfe aus Anlaß des am 9. d. M. erfolgten Hinscheidens Kaiser Wilhelm's I. dem Schmerze der katholischen Unterthanen in besonderen oberhirtlichen Erlassen entsprechenden Ausdruck gegeben haben", erfahren die 45 000 Leser des „Leo" überhaupt nichts von Dem, was sich in diesen Tagen zugetragen. Um so ausführlicher wird noch heute über die Audienz der deutschen Pilger beim Papst, über eine Ansprache, welche Cardinal Melchers an die deutschen Pilger in Rom gerichtet hat (deren Text lügenhaft entstellt ist. D. R.), über die Antwort des Cardinals Rampolla auf das Glückwunschschreiben der preußischen Bischöfe an den heiligen Vater und über das in den Monat März fallende St. Josefsfest berichtet und geschrieben.

* * *

* Nach einer Meldung der „Politischen Correspondenz" aus Warschau erhielten zwei Regimenter der in Dubno stationirten Infanterie-Division den Auftrag, in vollständiger Marschbereitschaft weitere Dislocirungs-Befehle abzuwarten. Man nimmt vielfach an, daß dieselben nach der in der Nähe von Brody gelegenen russischen Grenzstadt Radziwillow abzurücken bestimmt sind, nachdem letztere eine Garnison erhalten soll.

* Meldungen, welche der „Politischen Correspondenz" von der bulgarisch-serbischen Grenze zugehen, constatiren, daß ein Theil der bulgarischen Geistlichkeit in der letzten Zeit wieder eine ziemlich lebhafte politische Agitation zu entwickeln beginne. Einige Popen, unter Anderem der Erzpriester in Trn, haben sogar von der Kanzel herab die Bevölkerung direct aufgefordert, den vom Suzerän als illegitimen Herrscher erklärten Prinzen Ferdinand der Macht zu entkleiden. Die fürstlichen Behörden von Trn seien zwar gegen den priesterlichen Agitator eingeschritten, vermochten aber nicht die Verhaftung desselben vorzunehmen, da die Bevölkerung die Vollziehung des Haftbefehls verhinderte. Dem Erzpriester ist es gelungen, über die serbische Grenze zu flüchten.

* Der im „Journal officiel" veröffentlichte Bericht des französischen Kriegsministers, auf Grund dessen die Enthebung Boulangers von seinem Armeecorpscommando verfügt wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe die Ehre, Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß ich General Boulanger, Commandeur des 13. Armeecorps, der im Laufe des letzten Februar ohne Erlaubniß nach Paris kam, durch ein vom 19. d. M. datirtes Schreiben, sowohl ich die Thatsache erfuhr, aufgefordert habe, sich unmittelbar auf seinen Posten zu begeben.

„Am darauf folgenden Tage, am 20. Februar, wiederholte ich diesem General durch einen nach Clermont gerichteten Brief den Befehl, den ich ihm am Abend zuvor ertheilt hatte, und erinnerte ihn daran, daß Armeecorpscommandanten das Territorium ihres Commandobezirkes nicht ohne ministerielle Genehmigung verlassen dürften.

„Am 25. Februar ersuchte mich der General schriftlich, sich auf vier Tage nach Paris begeben zu dürfen. Ich erwiderte ihm am 27. Februar, daß seine Anwesenheit in Paris im gegenwärtigen Augenblick zu unangenehmen Deutungen Veranlassung geben, und ich ihm daher die nachgesuchte Erlaubniß nicht ertheilen könnte. Ich erinnere daran, daß zu jener Zeit die Candidatur General Boulanger's in mehreren Departements aufgestellt worden war, und daß ich ihn durch einen Brief vom 22. Februar aufgefordert hatte, mich davon zu benachrichtigen, ob sein Name für einen Deputirtensitz mit seiner Zustimmung aufgestellt worden. Am 23. Februar hatte mir General Boulanger geantwortet, daß er Dem, was bezüglich der Wahl vom Sonntag vorgehe, durchaus fernstehe.

„Auf ein neues Gesuch, welches General Boulanger am 28. Februar mittels Telegramms an mich richtete, nach Paris kommen zu dürfen, wiederholte ich nur den Inhalt meines Briefes vom 27. Februar, wobei ich hinzufügte, daß die früheren Gründe, aus denen ich ihm sein Gesuch abgeschlagen hatte, bestehen blieben.

„Trotz dieser formellen Befehle ist General Boulanger dennoch nach Paris gekommen, am 24. Februar, am 2. und 10. März, die beiden letzten Male unter einer Verkleidung, dunkle Brille tragend und scheinbar hinkend.

„Am 12. März Morgens empfing ich vom General Boulanger einen Brief, den er vom 9. d. M. aus Clermont datirt hatte, der von dort aber erst am 11. d. M. abgegangen, und mittelst dessen er mich um Erlaubniß bat, nach Paris kommen zu dürfen.

„Aus allen diesen Thatsachen geht hervor, daß General Boulanger drei Mal ohne Erlaubniß nach Paris gekommen ist, obwohl er den formellen Befehl erhalten hatte, seinen Posten nicht zu verlassen. Dieser Mangel an Disciplin ist um so schwerer, als derselbe von einem General ausgeht, dessen Aufgabe es ist, den Regimenten in einer dem Ihm anvertrauten Theile Commando entsprechenden Ausdehnung Geltung zu verschaffen. Da trotzdem General Boulanger schon im letzten October wegen eines Verstoßes gegen die Disciplin mit einer strengen Maßregel, die aber ohne Wirkung geblieben zu sein scheint, bestraft werden mußte, so habe ich die Ehre, Ihnen vorzuschlagen, diesen General außer Dienst zu stellen und ihm sein Amt zu entziehen.

„Wenn Sie diese Schlußfolgerung billigen, so habe ich die Ehre, Sie zu bitten, den vorliegenden Bericht mit Ihrer hohen Bewilligung zu versehen.

Genehmigen Sie ꝛc.

Der Kriegsminister General Logerot.

Genehmigt.

Der Präsident der Republik Carnot."

Das Wort, daß die „Lächerlichkeit tödtet", hat in Frankreich längst seine Bedeutung verloren. Andernfalls hätten Männer wie Boulanger, Paul Déroulède und andere bereits seit geraumer Zeit einem derartigen Schicksal verfallen müssen.

* Lazare Hippolyte Carnot, der Vater des Präsidenten der französischen Republik, Sadi Carnot, ist am Donnerstag zu Paris im Alter von 86 Jahren gestorben. Bei den lebhaften Sympathien, welche der ebenso freiheitliche, wie besonnene Präsident der Republik auch in Deutschland bereits gewonnen hat, geziemt es sich um so mehr, dem meinen Beileide aus Anlaß des von Sadi Carnot erlittenen Verlustes Ausdruck zu geben, als der verstorbene republikanische Senator Mitglied der provisorischen Regierung von 1848, eine der achtungswerthesten Persönlichkeiten Frankreichs war. Ein Sohn des Grafen Lazare Nicolas Marguerite Carnot, des „Organisators des Sieges" zur Zeit der großen Revolution, wurde Lazare Hippolyte am 6. April 1801 geboren. Mit dem Vater, der aus Frankreich fliehen mußte und in Magdeburg am 3. August 1823 starb, lebte Lazare Hippolyte Carnot sieben Jahre in Preußen, wo er eifrig deutsche Sprache und Literatur studirte. Nach dem Tode seines Vaters nach Frankreich zurückgekehrt, wurde er Advocat und Journalist. Im Jahre 1839 wurde er in die Deputirtenkammer gewählt. Nach der Februarrevolution zum Minister des öffentlichen Unterrichts und des Cultus ernannt, legte er nach kurzer Zeit sein Amt wieder nieder und schloß sich in der Nationalversammlung der republikanischen Linken an. Als er nach dem Staatsstreiche in den gesetzgebenden Körper gewählt wurde, wurde er wegen Verweigerung des Huldigungseides, ebenso wie Cavaignac und Hénon nicht zugelassen. Erst im Jahre 1864 leistete er diesen Eid und schloß sich dann unverzüglich der Opposition an. Nach dem Sturze des Kaiserreiches wurde er Maire eines der Arrondissements von Paris. Mitglied der Nationalversammlung, wurde er später zum lebenslänglichen Senator gewählt. Dem tüchtigen Manne war es wohl zu gönnen, daß er an seinem Lebensabende seinen allgemein hochgeschätzten und beliebten Sohn Sadi Carnot zum Nachfolger Jules Grevy's erwählen sah. Vor einigen Tagen wurde Senator Carnot von einer Lungenentzündung ergriffen, der er nunmehr erlegen ist. Die Leichenfeier für den Vater des Präsidenten der französischen Republik wird sich jedenfalls zu einer großartigen Kundgebung gestalten.

* Brasilien ist vor einigen Tagen wieder zum Liberalismus zurückgekehrt, der conservative Baron Cotegipe hat dem Progressisten Correa de Oliveira den Platz geräumt, und zwar ist es, wie meistens in Brasilien, auch diesmal die Sclavenfrage, welche die Conservativen zu Fall gebracht hat. Im Grundsatze ist die Sclavenfrage im Jahre 1871 durch die Annahme des Gesetzes Rio Branco, welches alle in Zukunft in der Sclaverei geborenen Kinder frei gab, gelöst worden; auf diese Weise aber schien die Abschaffung des entwürdigenden Menschenhandels dem europäischer Civilisation nachstrebenden Brasilien zu langsam vor sich zu gehen, deshalb erwirkte Saraiva im Jahre 1885 die Freilassung der Sechzigjährigen unter der Bedingung, daß dieselben verpflichtet seien, ihrem bisherigen Herren und Besitzern noch drei Jahre zu dienen. In der Wirklichkeit aber stellten sich allerlei mißliche Folgen dieser an sich so löblichen Bestrebungen heraus, die oft empfindlich auf die Finanzen zurückwirkten. Trotzdem verlangte das Land gebieterisch eine endgültige Lösung, und als Cotegipe derselben sich widersetzte, vertraute die Kronprinzessin-Regentin die Führung der Geschäfte Correa de Oliveira an, und dieser nahm Antonio Prado, der nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium Cotegipe als die Seele dieser Sclavenbewegung galt, als Ackerbauminister in sein Cabinet auf.

Zur parlamentarischen Lage.

NLC. Berlin, 17. März. Eine seltsame Streitfrage haben deutschfreisinnige Publicisten hinsichtlich derjenigen Reichsgesetze aufgeworfen, welche bereits die Zustimmung von Reichstag und Bundesrath gefunden haben, deren Verkündigung im Reichsgesetzblatt aber noch nicht erfolgen konnte. Es handelt sich namentlich um die Gesetzentwürfe wegen Verlängerung der Legislaturperioden, wegen Erneuerung des Socialistengesetzes und Beschränkung der Oeffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen. Weil diese Gesetze in der vom Reichstag beschlossenen Form die Einleitungsformel: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden" u. s. w. tragen, wird die Publication dieser Gesetze für unmöglich erklärt, wenn nicht der Reichstag ausdrücklich seine Zustimmung zu der durch den Thronwechsel veranlaßten Abänderung der Einleitungsformel in jedem einzelnen Falle gegeben hat. Es müsse also eine ganze Reihe von Gesetzen nochmals an den Reichstag kommen und es könne hier noch einmal der ganze Berathung von vorn anfangen. Es ist ein Streit um eine reine Formalität, bei welchem es sich nur darum handeln kann, ob die Zulässigkeit der einfachen Abänderung der unter einer anderen Voraussetzung beschlossenen Einleitungsformel beim Vollzug der Gesetze als selbstverständlich aus Art. 17 der Reichsverfassung folgend anerkannt wird oder ob man sich auf einen strengeren formalistischen Standpunct stellen und eine ausdrückliche Ermächtigung zur Abänderung der Einleitungsformel bei den in Betracht kommenden Gesetzen verlangen will. Die bei letzterer Auffassung zu beobachtende Form mag dahingestellt bleiben; sie könnte, wenn man diesen Weg überhaupt für nothwendig hält, keine Schwierigkeiten bereiten. Unserer Ansicht nach ist überhaupt eine besondere Ermächtigung nicht nothwendig, nachdem durch die Thatsachen die Voraussetzung, unter der die Gesetze beschlossen worden, in diesem Puncte hinfällig geworden ist. Aenderungen an beschlossenen Gesetzen außer dieser rein formalen und durch ganz besondere Ereignisse veranlaßten wären allerdings nicht zulässig. Aber leicht wird man den streng formalistischen Standpunct hervor